



Verfall der Sitten

Hans-Peter Strenge über die gescheiterte Abwahl von Altonas Bezirksamtsleiter Fock



„Dann komme ich mit dem Schwert und dann rollen Köpfe...“, hatte CDU-Fraktionschef Uwe Szczesny (li) schon 2004 angedroht. GAL-Vize Winfried Sdun (rechts) lässt seinem Partner dabei freie Hand. Montage: Krappa

Lange währte der schwarz-grüne Honeymoon im Hamburger Bezirk Altona nicht: Während man im Frühjahr die Bilanz nach einem Jahr noch mit einer aufwändigen Broschüre feierte, kam es wenige Monate später zum Eklat im weißen Rathaus am Platz der Republik: Bezirksamtsleiter Hinnerk Fock (FDP) sollte zur Mitte seiner sechsjährigen Amtszeit abgewählt werden, wozu wie im Bundestag auch in der Bezirksversammlung nur ein konstruktives Misstrauensvotum möglich ist, also die gleichzeitige Neuwahl eines Nachfolgers.

Wen aber nominieren? Den ehrgeizigen CDU-Fraktionsvorsit-

zenden Uwe Szczesny (61) am Ende seiner politischen Laufbahn als „Platzhalter“ für einen jüngeren Nachfolger mit einem Beamtenstatus belohnen? Einen GALier bedenken nach Verlust eines städtischen Jobs oder als Sprungbrett in der Besoldung („Von A nach B tut selten weh“)? Das war am Ende den lokalen Parteimatadoren und den großen Brüdern und Schwestern in Hamburg doch zu viel, und nun bekommt der Bezirksamtsleiter ohne liberale oder sonstige Hausmacht noch „eine letzte Chance“.

Sucht man nach den Gründen für diese Posse, offenbart sich bei den Protagonisten ein großes

Misverständnis über die Rolle und die Möglichkeiten eines hamburgischen Bezirksamtsleiters. Als jemand, der 1984 von CDU und SPD in Altona gewählt und sechs Jahre später von einer rot-gelb-grünen Ampelkonstellation im Amt bestätigt wurde, weiß ich, dass man trotz des Beamtenstatus kommunalpolitisches Standing und auch Rückhalt braucht. Die Umsetzung eines partei- und machtpolitisch geprägten Koalitionsprogramms gehört freilich nicht dazu, zumal der Amtschef für sechs Jahre, die BV aber für vier Jahre gewählt wird. Anders als in Berlin oder in den Beigeordneten-Verfassungen z. B. in NRW werden die De-

zernenten in einem Hamburger Bezirksamt nicht nach Parteienproporz besetzt und können daher von den Parteien auch nicht in den politischen Tageskampf verstrickt werden. Schon deshalb war der Vorwurf an Fock, er tanze nach der Pfeife seiner „roten Dezernenten“, unsinnig, wenn nicht schäbig. Die können sich nämlich in der Bezirksversammlung oder in den Medien als Laufbahnbeamte nicht wehren und sind im Übrigen dem seit 2001 bürgerlichen Senat zur Loyalität verpflichtet.

Was bleibt nach diesem geschei-

Inhalt

Verfall der Sitten

Mediation:
Konfliktbewältigung ohne
Verlierer

SGK-Exkursion in Eimsbüttel

Seniorenleitbild in
Hamburg-Mitte

DEMOgrafischer Schwund
in Kindergärten und Schulen

Aus elf plus vier wird vier
plus zwei?

Kommunalwahl 2008:
Wahlen vor Ort gewinnen!

Durchbruch geschafft:
Hamburger Bezirke mit
Verfassungsrang

Fortsetzung von Seite 1

terten Versuch im Altonaer Rathaus für die nahe Zukunft? Ein ramponierter Bezirkschef, der für die Bürger, die kommunalen Vereine und die Investoren sichtbar am Gängelband von

Schwarz-Grün laufen soll; überzogene und rechtlich bedenkliche Erwartungen an die Handlungsmöglichkeiten eines Bezirksamtsleiters; Irritationen in der Mitarbeiterschaft des Rathauses, wer denn nun das Sagen hat. Bürgerlich, konservativ, soli-

de oder gar von einem grünen Geist der Erneuerung und des Bessermachens getragen ist das alles nicht. Hinnerk Fock kann man nur für die zweite Hälfte seiner Amtszeit liberale Gelassenheit und Standing wünschen, ein zweites Mal werden

sich die schwarz-grünen Machtstrategen nicht blamieren wollen. Überdies kommt die nächste Bezirksversammlungswahl vor Ende seiner sechsjährigen Amtszeit und dann „schau'n mer mal“.

Hans Peter Streng

Mediation: Konfliktbewältigung ohne Verlierer



Zur Entkrampfung der Gesprächsatmosphäre helfen oft Kommunikationsspiele. Unsere beiden Mediatoren (T. Thiessen li., H. Trost re.) haben die Aufgabe – Bau eines Fabelwesens auf kommunikativen Umwegen – gelöst.

Stadtplanung im Widerstreit der innerfraktionellen Interessen, innerparteiliche Konflikte zwischen Personen und Positionen, Auseinandersetzungen um die richtige Strategie zwischen Ortsverein und Fraktion – all das gehört zum kommunalpolitischen Alltag.

Viele Energien werden durch solche internen Konflikte gebunden, enttäuschte Genossinnen und Genossen fühlen sich oft als Verlierer, ziehen sich aus der aktiven Arbeit zurück. Im schlimmsten Fall zerbrechen Ortsvereine oder Fraktionen. Die politische Arbeit vor Ort wird gelähmt. Damit es nicht so weit

kommt, bietet die SGK Hilfe und Unterstützung durch Mediation an.

Infokasten

Wenn Ihr mehr wissen wollt über die Voraussetzungen und den Ablauf von Mediationsverfahren: Thies Thiessen, Bismarckstraße 6, 25704 Meldorf, T.: (04832) 12111 oder Helmut Trost, St. Jürgen-Str. 115, 24937 Flensburg, T.: (0461) 1504812.

Informationen auch unter www.sgk-sh.de, Menüpunkt Service & Infos.

Dabei geht es nicht darum, den Konfliktparteien fertige Lösungen zu präsentieren. Ziel ist es vielmehr, die hinter den verschiedenen Positionen liegenden Interessen herauszuarbeiten und auf dieser Grundlage gemeinsam tragfähige und akzeptable Lösungen zu erarbeiten, bei denen alle Beteiligten gewinnen. Das Verfahren beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und kann nur dann erfolgreich sein, wenn auch alle Beteiligten bereit sind, im Interesse des Ganzen ihren jeweiligen Konflikt gütlich und dauerhaft beizulegen.

Das Mediatorenteam der SGK besteht aus den früheren Bürger-

meistern Thies Thiessen (Meldorf) und Helmut Trost (Flensburg), die eine gründliche Mediationsausbildung erhalten haben. Sie verstehen sich als unparteiische Dritte, die den Konfliktparteien helfen, sich gemeinsam neue Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Denn auch innerparteilich gilt, so Thiessen und Trost: „Was die einen gewinnen, verlieren die anderen! Darum gilt es, über die Mediation Wege zu finden, an deren Ende es nur Gewinner gibt.“



Impressum

V.i.S.d.P.: Andreas Breitner, SGK Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

SGK Schleswig-Holstein e.V.
c/o SPD-Büro Schleswig, Königstraße 4, 24837 Schleswig, T. (046 21) 27110, Fax: (04621) 29345.
Redaktion: Gerhard Schulz, Thies Thiessen, Dieter Juhls

SGK Hamburg e.V.
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg, % (040) 28 08 48 74, Fax (040) 28 08 48 18.
Redaktion: Stefan Krappa, Thomas Domres

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, T. (030) 25594-100, Fax (030) 25594-192, Anzeigen: Henning Witzel, Litho: DVT GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 29, 10178 Berlin, Druck: Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig



SGK-Exkursion in Eimsbüttel



Baudezernent Buff (Mitte) erläutert Hans-Peter-Streng und SGK-Vorstandsmitglied Frauke Meyburg (li) die gesehenen Projekte.

Foto: Buschhüter

Zu einer Exkursion durch den Bezirk Eimsbüttel lud die SGK Hamburg Ende Juli ein. Bei bestem Sommerwetter gewährten Baudezernent Reinhard Buff und Gerhard Behrens, Vorsitzender der SPD-Bezirksfraktion, Einblicke in aktuelle Themen der bezirklichen Stadtentwicklungspolitik. Vorgestellt wurden u. a. die Neubebauung der Südseite von Hagenbecks Tierpark, die Planungen für ein neues Stellinger Zentrum am Sportplatzring, das Neubaugebiet Eidelstedter Dorfmark und das Zentrum am Eidelstedter Platz, das erst kürzlich durch den neuen AKN-Bahnhof deutlich aufgewertet wurde. Hier wurden aber auch die Risiken für Einzelhandel und

Lebensqualität spürbar, die die vom Senat gegen den Widerstand des Bezirks beabsichtigte Neuansiedlung eines 42 000 Quadratmeter großen Möbelmarkts in einem Kilometer Entfernung mit sich bringt. Über die „Stellinger Schweiz“ führte der Ausflug in die Ende der 70er-Jahre entstandene Lenzsiedlung, die – mehrfach ausgezeichnet – als Erfolgsmodell sozialer Stadtteilentwicklung gilt. Die Tour endete im sich an der Hochhaus-siedlung anschließenden gründerzeitlichen Eimsbüttel: ein Gegensatz, der so manchen ortsfremden Teilnehmer verblüffte.

Ole Thorben Buschhüter

Seniorenleitbild in Hamburg-Mitte

Die Menschen werden nicht nur älter, ihre Lebensverhältnisse haben sich auch grundlegend verändert. Die veränderten Bedürfnisse von Senioren sind von fast allen Feldern kommunaler Politik betroffen, die es zu berücksichtigen gilt. Der Bezirk Hamburg-Mitte (230 000 Einwohner) hat sich

deshalb auf Initiative der SPD-Fraktion erstmalig ein umfassendes Seniorenleitbild gegeben. Inzwischen sind die anderen rotgrün regierten Hamburger Bezirke Nord und Eimsbüttel dem Beispiel gefolgt. Die zentralen Ziele sind:

Fortsetzung Seite 4

KOMCOM 2007
N O R D H A N N O V E R

200 Aussteller

1.000 Produkte

100 Workshops und Foren

27. – 28. Feb. 2007
HCC HANNOVER

Software für Kommunen

Consulting

Doppik, NKF/NKR

eVergabe

eGovernment

Finanz-Services

Geoinformatik

Kommunale Internetportale

Prozessmanagement

Public Private Partnership

Die Fachmesse für den Public Sector

Informationstechnologie | Finanz-Services | Consulting

www.komcom.de

Fortsetzung von Seite 3

– Eigenständigkeit und selbst bestimmtes Leben werden gefördert und erhalten. Soziale Netzwerke sollen hier einen wichtigen Beitrag leisten;
– soziale Integration durch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dabei kommt es gleichermaßen auf spezielle Seniorenangebote wie auf generationsübergreifende Angebote zu Kultur,

Bildung, Kommunikation und Mitwirkungsmöglichkeiten an;
– Ausbau von Beteiligung, keine Entscheidungen, die Senioren betreffen, ohne ihre Mitwirkung.

Das komplette Leitbild gibt es bei der SPD-Fraktion Mitte, T.: (040) 24 90 20 oder unter www.spdfraktion-hhmitte.de

Betroffen von diesen Politikzielen sind alle Bereiche kommunal-

politischer Entscheidungen, die dazu beitragen, das Lebensumfeld von Senioren positiv zu gestalten, von barrierefreiem Wohnraum und Wohnumfeld bis zu einer altersgerechten Stadt- und Verkehrsplanung, von klassischen Wohnangeboten und Angeboten in betreuten Wohnanlagen bis zu neuen speziellen Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder generationsübergreifendem Woh-

nen, von der Nahversorgung bis zu Kultur- und Freizeitangeboten. Das Leitbild soll dazu dienen, alle Maßnahmen von staatlicher, kommunaler oder privater Seite so zu bündeln, dass sie, aufeinander abgestimmt, dazu führen, konkret die Situation der Senioren wirksam zu verbessern.

Thomas Stölting

DEMOgrafischer Schwund in Kindergärten und Schulen



In unserer Fortsetzungsreihe über den demografischen Wandel beschäftigen wir uns heute mit der Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen. In diesem Bereich ergibt sich eine besonders gute Chance, durch kommunale Handlungskonzepte den befürchteten Trend abzumildern

Die Folgen des demografischen Wandels treffen das Spektrum des kommunalen Handelns zuallererst und am meisten dort, wo die Betroffenen am kleinsten sind: in den Kindergärten und Klassenzimmern der Grundschulen. Für Schleswig-Holstein wird bis 2020 ein Rückgang aller Schüler von ca. 20 Prozent vorausgesagt, allerdings in regional unterschiedlicher Verteilung. Einer von fünf heutigen Klassenplätzen bliebe dann leer, folglich könnte jede fünfte Schule geschlossen und jede fünfte Kindergartengruppe aufgelöst werden. Über die Folgen wie Trägerschaft, Standorte und vor allem die Kostenverteilung wird kommunalpolitisch eine Diskussion einsetzen.

Vor dem Hintergrund leerer kommunaler Kassen wird über die Kosten wohl vorrangig mit

der Zielrichtung der Einsparung und höherer Beteiligung der Eltern diskutiert werden.

Der Rückgang der Kinder und Jugendlichen von 3 bis 20 Jahren wird sich unterschiedlich intensiv auswirken. So ist zum Beispiel in Kiel nur mit ca. 10 Prozent, im Kreis Dithmarschen hingegen mit 27 Prozent zu rechnen. Dies gilt auch für die demografische Prognose in den jeweiligen Altersstufen. Die Zahl der 6- bis 10-jährigen bleibt in Flensburg und Kiel stabil auf heutigem Niveau, geht aber in den Kreisen Plön und Dithmarschen um 30 Prozent zurück. Auch in den anderen Altersgruppen geht die demografische Schere weit auseinander: Bei den 10- bis 16-jährigen ist eine Abnahme zwischen 16 Prozent im Kreis Herzogtum-Lauenburg und 32 Prozent in Neumünster zu erwarten. Bei den 16- bis 20-jährigen wird eine leichte Zunahme im Kreis Stormarn, jedoch ein Verlust von 26 Prozent in Flensburg zu verzeichnen sein. Diese erstaunlich uneinheitlichen Zahlen spiegeln den Ist-Zustand wider und berücksichtigen auch die erwarteten Entwicklungen. So werden sich im Kreis Plön die „Kindergartenkinder“ bis 2020



Kleine Klassen: Für den Lernerfolg gut, als demografische Folge schnell problematisch.

von heute 3 800 auf 2 200 verringern, die Grundschüler von 5 700 auf 3 500 und die Schüler an weiterführenden Schulen von 8 500 auf unter 5 000. Nicht zuletzt diese Entwicklung gab den Ausschlag für die jetzt vom Landtag beschlossene Schulreform im Hinblick auf die Bildung von Gemeinschafts- und Regionalschulen sowie die gezielte Bildung neuer Schulverbände. Nur so können auch weiterhin viele ortsnahe Standorte gerettet werden.

Bei den anstehenden Diskussionen in den kommunalen Vertretungen in Schleswig-Holstein wird sich die Spreu der eher wirt-

schaftlichen Betrachter vom Weizen der sozial Handelnden trennen. Kindergärten und Schulen waren schon immer sozialdemokratische Handlungsfelder, und dies muss auch in Zukunft so bleiben. Diese Handlungsmaxime zu begleiten und zu fördern, wird weiterhin ein wichtiges Aufgabenfeld der SGK in Schleswig-Holstein bleiben. Die Glaubwürdigkeit der SPD-Kommunalpolitik in dieser Frage darf nicht unter dem Druck der Finanzknappheit leiden und muss sich von den weniger überzeugenden Vorstellungen der Akteu-

Infokasten

Eine Beteiligung von außen ist sehr erwünscht. Wer sich an diesem Thema per Leserbrief, durch inhaltliche Vorschläge oder mit örtlichen Beispielen beteiligen möchte, wende sich bitte an unsere Redaktion.

Fortsetzung auf Seite 6

Deutschland kommunal 2007

So erreichen Sie alle Ansprechpartner in Bund, Ländern und Kommunen

Umfassend und übersichtlich | Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern, Bund | Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte über 20 000 Einwohner mit Anschrift | Verteilung der Sitze bei Rat und Kreistagsfraktion | (Ober-)Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte

Weitere Schwerpunkte | Parteien, Wirtschaft mit den großen Betrieben der EDV, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

Termine | Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen



Ich bestelle

- zum Einzelpreis von 22,50 Euro inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten
 als Abo zum Einzelpreis von 18,- Euro inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten*

_____ X
Anzahl

_____ Datum, Unterschrift

Zahlungsweise

- Bankeinzug Rechnung

_____ Geldinstitut

_____ Name

_____ Vorname

_____ Kto.-Nr.

_____ Straße

_____ PLZ/Ort

_____ BLZ

_____ Telefon/Fax

_____ E-Mail

X
_____ Datum, Unterschrift

Widerrufsgarantie

Die Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Vertrieb, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin widerrufen werden.

X
_____ Datum, Unterschrift

* Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor dem Erscheinungstag gekündigt wird. Für Rückfragen steht Ihnen Frau Stefanie Martin (Telefon 030/2 55 94-130) gerne zur Verfügung.

DEMO 12/0606

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH – Vertrieb – Stresemannstraße 30 10963 Berlin
Tel. 030/2 55 94-130 Fax 030/2 55 94-199 E-Mail vertrieb@demo-online.de

Fortsetzung von Seite 4

re anderer Parteien deutlich unterscheiden. Die örtlichen Wahlprogramme müssen hierzu eindeutige Aussagen treffen.

Die Folgen des Schwunds in Kindergärten und Klassenzimmern erfordern eine kinder- und familienfreundliche Politik, die vor allem in den Kommunen der ländlichen Räume mehr und mehr

zum Standortfaktor wird. Gefordert ist ein klares Bekenntnis zu dieser Zielgruppe, um den zu erwartenden Schrumpfungsprozess in der eigenen Gemeinde durch Reduzierung der Angebote

zusätzlich zu fördern. Im Gegenteil: Durch familienfreundliche Kommunalpolitik lässt sich der Trend insbesondere bei Kinder und Jugendlichen abmildern.

Dieter Juhs

Kreisgebietsreform:

Aus elf plus vier wird vier plus zwei?

Bericht vom SPD-Landesparteitag am 10. November 2006



Der zweite Landesparteitag mit einem kommunalpolitischen Thema innerhalb eines halben Jahres zeigt die gewachsene Bedeutung und den erheblichen Diskussionsbedarf zu kommunalen Fragen bei den Sozialdemokraten.

Diesmal ging es in Neumünster um die Kreisgebietsreform, die mit überwältigender Zustimmung beschlossen wurde. 90 Prozent der Delegierten stimmten für die Veränderung der Kreisgebietsstruktur. Nach jahrelanger interner Diskussion soll es nun im Jahr 2010 zur neuen Gebietskulisse kommen.

Zwar werden die Kreistage im Mai 2008 noch einmal nach altem Muster gewählt. Dies jedoch nur für zwei Jahre, denn im Mai 2010 sollen die Kreistage zusammen mit dem Landtag nach neuem Zuschnitt gewählt werden. Dem berechtigten Einwand der SGK, für eine so kurze Zeit nicht genügend motivierte Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, mochte die Parteitagsmehrheit nicht folgen.

Auch die SGK-Forderung, in möglichst vielen Kreisen und kreisfreien Städten nach entsprechender Beratung und Moderation durch das Land schon zur Kommunalwahl 2008 freiwillige Kreiszusammenschlüsse zu ermöglichen, lehnten die Delegierten mehrheitlich ab. Hingegen folgte der Landesparteitag dem Vorschlag der SGK, die Landesregierung möge Kriterien für die Kreisgebietsreform – z. B. landesplanerische Aspekte – festlegen.

Noch in diesem Jahr soll die Landesregierung ihre Vorgaben festlegen, auf deren Basis bis Ende 2007 die Kommunen Vorschläge für Neuschneidungen und Aufgabenverteilung machen können. Spätestens Ostern 2009 soll der Landtag das Verfahren abgeschlossen haben. Nachdem der Landesparteitag das Reformpaket mit großer Mehrheit abgesegnet hat, geht Innenminister Dr. Ralf Stegner gestärkt in die nächsten Verhandlungsrunden mit der CDU.

Wohin Schleswig-Holstein in Sachen Kreisgebietsreform geht, ist



Innenminister Dr. Ralf Stegner stellt sich der Diskussion mit den Mitgliedern der SGK.
Foto: Thiessen

nach dem Landesparteitag der CDU vom 18. November jedoch völlig unklar. So soll erst ein weiterer CDU-Parteitag im Jahre 2007 beschließen, ob überhaupt an der Kreisgebietsstruktur etwas geändert wird.

Bis zum 30. Juni 2007 soll die Landesregierung die Wirtschaftlichkeit der Kreisgebietsreform in einem Gutachten darlegen. Falls der Landesparteitag die Wirtschaftlichkeit mit Mehrheit ablehnt, gibt es keine Reform.

Ein solcher Beschluss brächte die Landesregierung jedoch in die Zwickmühle, hatte sie doch in ihrer Kabinettsitzung vom 4. Oktober 2006 beschlossen, dass die Pläne zur Errichtung kommunaler Verwaltungsregionen verwirk-

licht werden, falls eine der Koalitionsparteien eine Kreisgebietsreform politisch nicht umsetzen will. Die KVR werden jedoch quer durch die Parteien einhellig von allen Kommunalpolitikern insbesondere der Kreisebene abgelehnt. Der Knüppel „KVR“ – ursprünglich zur Disziplinierung der jeweiligen Parteibasis gedacht – könnte so für die Landesregierung zum Bumerang werden.

Vielleicht werden ja bald die Einwohner des Landes gefragt, ob sie sich eine Veränderung ihrer Kreisgrenzen vorstellen können. So werden Volksinitiativen vorbereitet, die, wenn sie in einen Volksentscheid münden, für spannende Diskussionen sorgen werden.

Gerhard Schulz



Gebietsreform auf einen Blick: Oben der heutige, rechts ein möglicher Zuschnitt

Kommunales Wissen

DMW in Internet www.dmw-online.de



22,50 €
inkl. MwSt.

Das Rathausgewerk
Deutschland kommunal 2007

Verkehrswert und Grundfläche: Kennwerte helfen bei, Steuerungs- bzw. Entscheidungsfindung aller Städte über 25.000 Einwohner: Vergleich der Städte in fast 1000 Kriterien. Über 1000 Tabellen, Statistiken und Diagramme mit Fachsprache und Beispielen.



80,- €
inkl. MwSt.

Die kommunale Kompetenz
DEMO

Immer ruhiger: Lärm ist jeden Abend, was in Deutschland: Städte, Politik und Gesundheit: gemeint sind: Politik und Interventionen zu anderen: Selbstverpflichtungen, drei Praxis-Beispiele, regelmäßig: Sport, Essen, Trinken und Fernsehen.



2,- €
inkl. MwSt.

DEMO special
ÖPP

Intensivstudie und Interviews: zwei realistische Beispiele: zeigen: strukturell: als: Etablierung: bei: der: Durchführung: öffentlicher: Infrastruktur: durch: ÖPP: für: Projekte: über: Vor- und Nachteile: und: geben: einen: Überblick: über: mögliche: Finanzierungsmöglichkeiten.



2,- €
inkl. MwSt.

DEMO special
Global City

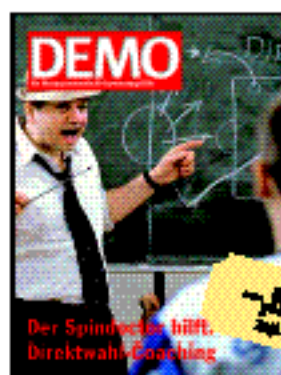
DEMO special zur 7. Internationalen Bauausstellung „Global City“ Anfang März in Berlin. Auf der Messe gibt es um Lösungen für die Probleme unserer Stadtentwicklung. Das DEMO special präsentiert die Projekte und Lösungsmöglichkeiten deutscher Kommunen – in Deutsch und in Korean englischen Kurzfassung.



50,- €
inkl. MwSt.

DEMO Sonderdruck
Schuldenmanagement

Regelwerke der Finanzwelt vieler deutscher Kommunen: sind: das: Ziel- und Schuldenmanagement: in: das: Blickfeld: der: internationalen: Fachliteratur. Der: Sonderdruck: bietet: Best-Practice-Beispiele: sowie: eine: Zusammenfassung: des: von: der: DEMO: zum: Thema: veröffentlichten: Fachforums: im: Oktober: 2004.



50,- €
inkl. MwSt.

DEMO Sonderdruck
Direktwahl-Coaching

Der: Sonderdruck: gibt: einen: Überblick: über: die: wichtigsten: Erfolgsfaktoren: des: Direktwahl- und: Prädiktor-Coachings: und: bietet: sieben: Erfolgsfaktoren: erprobter: Coaches: eine: Checkliste: zur: Identifizierung: von: Fehlerrisikofaktoren: und: 20: Tipps, wie: man: ganz: sicher: eine: Wahl: verliert.

DMW das weltweit einzigartigsten Campen als: DMW: Berliner: Verkehrs-Gesellschaft: mbH - Ehrenamtsstraße 23 - 10803 Berlin
Telefon 0 30 2 58 94-130 - Fax 0 30 2 58 94-188 - E-Mail vertrieb@dmw-online.de

Ich bestelle

- Deutschland kommunal
Preis je 22,50 € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Stk.
- ÖPP – mehr als Schulsanierung
Jahresheft 01/02 – 02 inkl. MwSt. _____ Stk.
- ÖPP – DEMO special
Preis je 2,- € inkl. MwSt. _____ Stk.
- Global City – DEMO special
Preis je 2,- € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Stk.
- Schuldenmanagement
Preis je 50,- € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Stk.
- Schuldenmanagement
Preis je 50,- € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Stk.

Bestelladresse

Name, Name: _____
PLZ, Ort, Stadt: _____
St, Nr: _____
 Datum, Unternehmen: _____

Bestellort Berlin Hamburg Leipzig

Bestellort: _____
Mitarbeiter: _____
Stichtag: _____
St, Nr: _____
 Datum, Unternehmen: _____

Wichtigste: Bitte: bestätigen: Sie: Ihre: Bestellung: über: das: Web-Portal: (Preis: der: Postgebühr: gegenüber: der: Berliner: Verkehrs-Gesellschaft: mbH, Ehrenamtsstraße 23, 10803 Berlin: inklusive: versch.).

Datum, Unternehmen: _____

Demo 12/2008

Kommunalwahl 2008: Wahlen vor Ort gewinnen!



SPD Schleswig-Holstein benennt inhaltliche Eckpunkte für Kommunalwahl 2008

Zur inhaltlichen Orientierung der Genossen vor Ort will die Landes-SPD mit politischen Schwerpunkten in die Wahlauseinandersetzung im Mai 2008 gehen. Um ihr Profil zu schärfen, sollen auf dem Landesparteitag im März 2007 Kommunalwahl-Leitlinien diskutiert und beschlossen werden. Anhand von wenigen Kernthemen werden die Unterschiede zu den Mitbewerbern herauszuarbeiten sein.

Dr. Brigitte Fronzek, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Bürgermeisterin der Stadt Elmsborn und frühere SGK-Landesvorsitzende, konnte auf der SGK-Mitgliederversammlung im September in Büdelsdorf über den Stand der Dinge berichten. Dabei sollen die von der Landesebene herausgestellten Schwerpunkte das Dach für die Themenvielfalt in den Städten, Dörfern und Kreisen bilden, unter dem sich alle Sozialdemokraten wiederfinden. Natürlich müssen diese Eckpunkte mit den spezifischen Themen, Problemstellungen und Lösungsmöglichkeiten in den einzelnen Kommunen angereichert werden, denn Kommunalwahlen werden vor Ort gewonnen.

Um die Zustimmung der Menschen zu erlangen, werden die örtlichen Gliederungen der SPD glaubhafte Konzepte zur Verwirklichung einer familien- und kinderfreundlichen Kommune vorstellen: Wie können die Zukunftschancen der jungen Generation verbessert werden? Wie findet die immer größer werdende Zahl aktiver Senioren ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft? Wie können wir helfen bei der Solidarität der Starken mit den Schwachen? Wie wollen wir



Dr. Brigitte Fronzek, stellvertretende Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein.

durch mehr lokale Demokratie den Zusammenhalt vor Ort stärken?

Auch zu Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge müssen den örtlichen Parteigliederungen programmatische Vorschläge gemacht werden. Wie soll die Kommune wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen für alle Bürger bereitstellen? Denn dazu ist sie durch

das Sozialstaatsprinzip verpflichtet. Die kommunale Daseinsvorsorge gehört zum Wesen der kommunalen Selbstverwaltung.

Diese Themen, mit den jeweiligen örtlichen Erfordernissen, wurden einhellig von der SGK-Mitgliederversammlung begrüßt. Doch fehlten Themen, die jahrelang zu den sozialdemokratischen Schwerpunkten ge-

Infokasten

Zum Thema Wahlen vor Ort gewinnen! wird die SGK unter www.sgk-sh.de laufend Texte, Informationen und praktische Tipps zur Kommunalwahl 2008 veröffentlichen. Schaut doch mal rein!

hört. Der Umweltbereich zum Beispiel sei durch die gesetzlichen Regelungen der vergangenen Jahre „abgeschlossen“ worden und müsse nur noch abgearbeitet werden.

Um vor Ort bestehen zu können, braucht man, so Dieter Juhls aus Giekau, auch die Unterstützung der Landesebene. Er wünscht sich die Einführung eines gebührenfreien letzten Kindergartenjahres. Mit dieser Forderung fand er die breite Unterstützung der SGK-Mitglieder. Solche programmatischen „Pflöcke“, wie Brigitte Fronzek sie nannte, müssen auf dem Parteiparitätstag im kommenden März beschlossen werden.

Gerhard Schulz/
Thies Thiessen

Durchbruch geschafft: Hamburger Bezirke mit Verfassungsrang



Am 11. Oktober hat die Hamburgische Bürgerschaft Bezirke und Bezirksversammlungen in der Verfassung verankert. Artikel 4 Absatz 2 HV lautet nun: „Durch Gesetz sind für Teilgebiete (Bezirke) Bezirksämter zu bilden, denen die selbstständige Erledigung übertragener Aufgaben obliegt. An der Aufgabenerledigung wir-

ken die Bezirksversammlungen nach Maßgabe des Gesetzes mit.“

Die von der SPD mitinitiierte Verfassungsänderung gehört zu dem Paket umfangreicher Korrekturen der Senatspläne für eine Verwaltungsreform, auf die sich die drei Bürgerschaftsfraktionen verständigt hatten. Jan Quast, SPD-

Verhandlungsführer und Stellvertreter der SGK-Vorsitzender: „Die Bürgerschaft hat die Bezirksversammlungen gestärkt. Die Aufnahme in die Verfassung gibt der örtlichen Ebene zudem den Rang, der ihr lange schon zusteht.“

Jan Quast, MdHB